

## Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirks am 04.07.2019

### Persönliche Angaben

Anrede

Titel / Akademischer Grad

Vorname

Nachname

Straße

Hausnummer

Postleitzahl

Ort

Stadtbezirk

E-Mail-Adresse

Anliegen	Antrag	
Betreff	1.) Für Gesundheit, Sicherheit und <del>Umwelt</del> Lebensqualität Stopp des Bebauungsvorhabens	
	2.) Falls doch gebaut wird, Baufahrzeuge nicht über Balanstraße, sondern über Fasangartenstraße	
Themengebiet	Bau/ Planung	
Wohnen Sie zum Zeitpunkt der Bürgerversammlung im Stadtbezirk?		ja
Haben Sie einen Gewerbebetrieb bzw. eine berufliche Niederlassung im Stadtbezirk 17 - Obergiesing - Fasangarten (nicht als juristische Person)?		nein
Ich möchte mein Anliegen	vortragen lassen	

Ich bin damit einverstanden, dass die Landeshauptstadt München meinen umseitigen Antrag einschließlich evtl. beigefügter Unterlagen im Internet ohne Nennung meines Namens und sonstiger persönlichen Angaben veröffentlicht. Ich sichere zu, dass ich hinsichtlich der von mir zur Verfügung gestellten Unterlagen Inhaber aller erforderlichen Rechte bin und dass durch die Veröffentlichung dieser Unterlagen durch die Landeshauptstadt München keine gesetzlichen Vorschriften oder Rechte Dritter verletzt werden.

Datum, Unterschrift

Anlagen: 1

# Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirks am 04.07.2019

## Betreff - Antrag

- 1.) Für Gesundheit, Sicherheit und ~~ökologische~~ Lebensqualität Stopp des Bebauungsvorhabens
- 2.) Falls doch gebaut wird, Baufahrzeuge nicht über Balanstraße, sondern über Fasangartenstraße

### Antrag zum Themengebiet Bau/ Planung

Trotz umfassender verkehrs- und klimapolitischer Einwände seitens der betroffenen Bürgerinnen und Bürger des Wohnviertels hat die Stadt München die Planung der Bebauung des Grünstreifens westlich der A8 weiter vorangetrieben. In diesem Kontext kann auch die Planungsänderung einer zusätzlichen Ausfahrt für PKWs zur Fasangartenstraße nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verkehrsanbindung zu dem Neubaugebiet sowohl innerhalb als auch außerhalb des Wohnviertels zu massiven Belastungen der Bewohner im Hinblick auf Gesundheit, Sicherheit und ökologische Lebensqualität führen wird. Darüber hinaus tragen die drastischen klima- und verkehrspolitischen Defizite bei der Planung des Bauvorhabens dazu bei, die Ziele der Landeshauptstadt München auf dem Weg zur Klimaneutralität zu verfehlen. Ich beantrage daher den Stopp des Bebauungsvorhabens und stattdessen eine Besiedelung des Grünstreifens mit Kleingärten und frei zugänglichen Gemeinschaftsgärten.

### Raum für Vermerke des Direktoriums

ohne Gegenstimme angenommen

mit Mehrheit angenommen

ohne Gegenstimme abgelehnt

mit Mehrheit abgelehnt

28,28

Stimmengleichheit

## Bürgerversammlung des 17. Stadtbezirkes am 04. Juli 2019

Themengebiet:

„Bau / Planung“, „Umwelt und Grünflächen“ sowie „Verkehr“

Betreff:

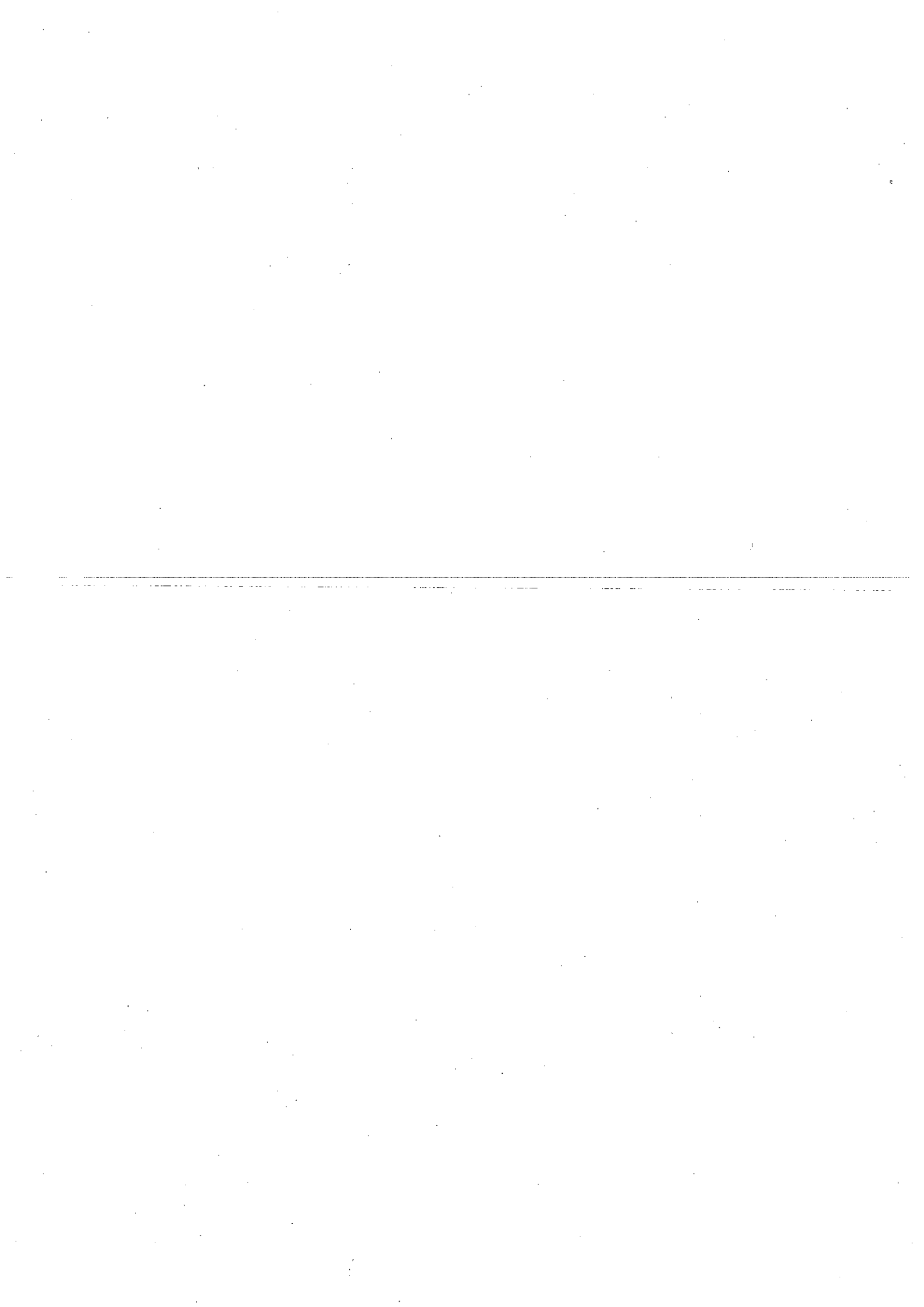
1.) Für Gesundheit, Sicherheit und ~~Lebensqualität~~ Lebensqualität – Stopp des Bebauungsvorhabens

2.) Falls doch gebaut wird, Baufahrzeuge nicht über Balanstraße,  
Detaillierte Beschreibung des Antrags (1000 Zeichen): sondern über Fasangartenstraße

Trotz umfassender verkehrs- und klimapolitischer Einwände seitens der betroffenen Bürgerinnen und Bürger des Wohnviertels hat die Stadt München die Planung der Bebauung des Grünstreifens westlich der A8 weiter vorangetrieben. In diesem Kontext kann auch die Planungsänderung einer zusätzlichen Ausfahrt für PKWs zur Fasangartenstraße nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verkehrsanbindung zu dem Neubaugebiet sowohl innerhalb als auch außerhalb des Wohnviertels zu massiven Belastungen der Bewohner im Hinblick auf Gesundheit, Sicherheit und ökologische Lebensqualität führen wird. Darüber hinaus tragen die drastischen klima- und verkehrspolitischen Defizite bei der Planung des Bauvorhabens dazu bei, die Ziele der Landeshauptstadt München auf dem Weg zur Klimaneutralität zu verfehlen. Ich beantrage daher den Stopp des Bebauungsvorhabens und stattdessen eine Besiedelung des Grünstreifens mit Kleingärten und frei zugänglichen Gemeinschaftsgärten.

### Verkürzte Begründung als mündlich vorzutragender Beitrag auf der Bürgerversammlung

1. Durch die Errichtung von mehr als 300 neuen PKW-Stellplätzen wird sich der Bezirksausschuss in den nächsten Jahren u.a. damit befassen müssen, wie der selbst mitinitiierten Verkehrsinfarkt wieder zu beheben ist, der dann auf der Balanstraße in Stoßzeiten stadteinwärts nicht mehr nur an der Hochäckerstraße beginnen, sondern seinen Ausgangspunkt bereits an den Kreuzungen zur Fasangartenstraße und zur Oberzellerstraße haben wird, verbunden mit all den Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit für Jung und Alt.



2. Durch die Zerstörung der Kalt- und Frischluftschneise werden den Bewohnerinnen und Bewohnern des Viertels weitere unzumutbare Gesundheitsbelastungen aufgebürdet. Dabei verkennen die Planer, dass wir bereits mit den Abgasen des Autobahnverkehrs übermäßig belastet sind und zusätzlich mit den Immissionen, die jenseits der Autobahn von der Kompostierungsanlage herüberwehen und zukünftig im Rahmen des geplanten Großmengenwertstoffhofes durch den damit verbundenen Zuliefererschwerlastverkehr entstehen werden.

3. Die Planung von mehr als 300 PKW-Stellplätzen setzt genau das falsche Signal zu einer erhofften Änderung des Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung, nämlich der Transformation des motorisierten Individualverkehrs auf eine nachhaltige, klimaneutrale Mobilität.

4. Sollte das Bebauungsvorhaben entgegen dem einhellig und vollumfänglich vorhandenen Widerstand der alteingesessenen Wohnbevölkerung umgesetzt werden, wäre dies ein fundamentaler Verstoß gegen die Grundsätze der demokratischen Mitbestimmung und Mitentscheidung der Bevölkerung vor Ort. Wir sind es leid, immer wieder mit den Worten beschwichtigt zu werden, dass unsere Einwände berücksichtigt würden. Das trifft mitnichten zu, da lediglich Details und kleine Änderungen in einigen nicht wesentlichen Teilaspekten behandelt worden sind. Um es hier noch einmal klar zu formulieren: es geht um die Ablehnung des Bauvorhabens als Ganzes. Es ist offensichtlich, dass dieses Vorhaben lediglich den kurzfristigen Interessen einer schnellen Errichtung von Wohnungen dient und keineswegs ernsthaft nachhaltig gedacht ist. Es würde für die kommenden Jahre und Generationen massive ökologische und soziale Probleme nach sich ziehen.

Ich beantrage daher den Stopp des Bebauungsvorhabens und stattdessen eine Besiedelung des Grünstreifens mit Kleingärten sowie mit frei zugänglichen Gemeinschaftsgärten. In diesem Kontext wünsche ich mir einen Bezirksausschuss, der den Mut hat, dem Stadtrat den Einhalt der immer weiter um sich greifenden Flächenversiegelung zu empfehlen. Die Versiegelung der letzten natürlichen Flächen Münchens verbunden mit einer weiteren Zunahme des motorisierten Individualverkehrs hat längst keine Zukunft mehr.



## **Begründung des Antrags als Anlage in Form eines PDF-Dokuments**

Die Informationsveranstaltung des Unterausschusses Bau/Planung/Wohnen am 01.07.2019 hat ergeben, dass trotz der umfassenden verkehrs- und klimapolitischen Einwände seitens der Bürgerinnen und Bürger im Wohnviertel zwischen Balanstraße, Kronacher Straße und Fasangartenstraße die Stadt München die Planung der Bebauung des Grünstreifens westlich der A8 weiter vorangetrieben hat. Dabei hat sich unter anderem gezeigt, dass die Stadt auf ein veraltetes Wohn- und verkehrspolitisches Infrastrukturkonzept gesetzt hat, welches mit den aktuellen Zielsetzungen in Richtung einer nachhaltigen, klimaneutralen Mobilität nicht vereinbar ist und darüber hinaus den jungen und erwachsenen sowie den alten und behinderten Bewohnerinnen und Bewohnern des Viertels unzumutbare Belastungen aufbürdet.

So hat sich die Stadt München nicht gescheut, in unmittelbarer Nähe zur Autobahn auf einem Grünstreifen, dem als Kalt- und Frischluftschneise eine unverzichtbare ökologische Funktion zukommt, die Errichtung einer Wohnanlage mit – sage und schreibe – 220 (!) Wohneinheiten und mehr als 300 (!) PKW-Stellplätzen zu planen. Betrachtet man das als Gartenstadt ausgewiesene Wohnviertel als solches, wurden die sich daraus ergebenden Belastungen im Hinblick auf den Verkehr in einem Maße ausgereizt, das gesetzlich wohl gerade noch erlaubt ist. Das heißt, es wird bewusst in Kauf genommen, dass beispielsweise die Umwandlung von vormaligen Anliegerstraßen in Erschließungsstraßen eine erhebliche Zunahme von Emissionen in Form von Abgasen und Lärm der durchfahrenden PKW zur Folge haben wird.

Dazu kommen jedoch weitere Belastungen, die seitens der Planungsverantwortlichen weitgehend ausgeklammert werden:

1. Die Planungsänderung der zusätzlichen Ausfahrt für PKWs aus der Tiefgarage zur Fasangartenstraße kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Verkehrsanbindung zu dem Neubaugebiet nicht nur innerhalb, sondern vor allem auch außerhalb des Wohnviertels zu massiven Belastungen der betroffenen Bewohnerinnen und Bewohner führen wird. So wird sich der Bezirksausschuss in den nächsten Jahren u.a. damit befassen müssen, wie der selbst mitinitiierten Verkehrsfarkt wieder zu beheben ist, der dann auf der Balanstraße in Stoßzeiten stadteinwärts nicht mehr nur an der Hochäckerstraße beginnen, sondern seinen Ausgangspunkt bereits an den Kreuzungen zur Fasangartenstraße und zur Obernzellerstraße haben wird, verbunden mit all den Beeinträchtigungen der Verkehrssicherheit für Jung und Alt.

2. Es ist mir völlig unbegreiflich, wie man in Zeiten des bedrohlichen Klimawandels sowie der zunehmenden Belastungen durch Abgase und weitere Emissionen einen Teil der südlich von München noch

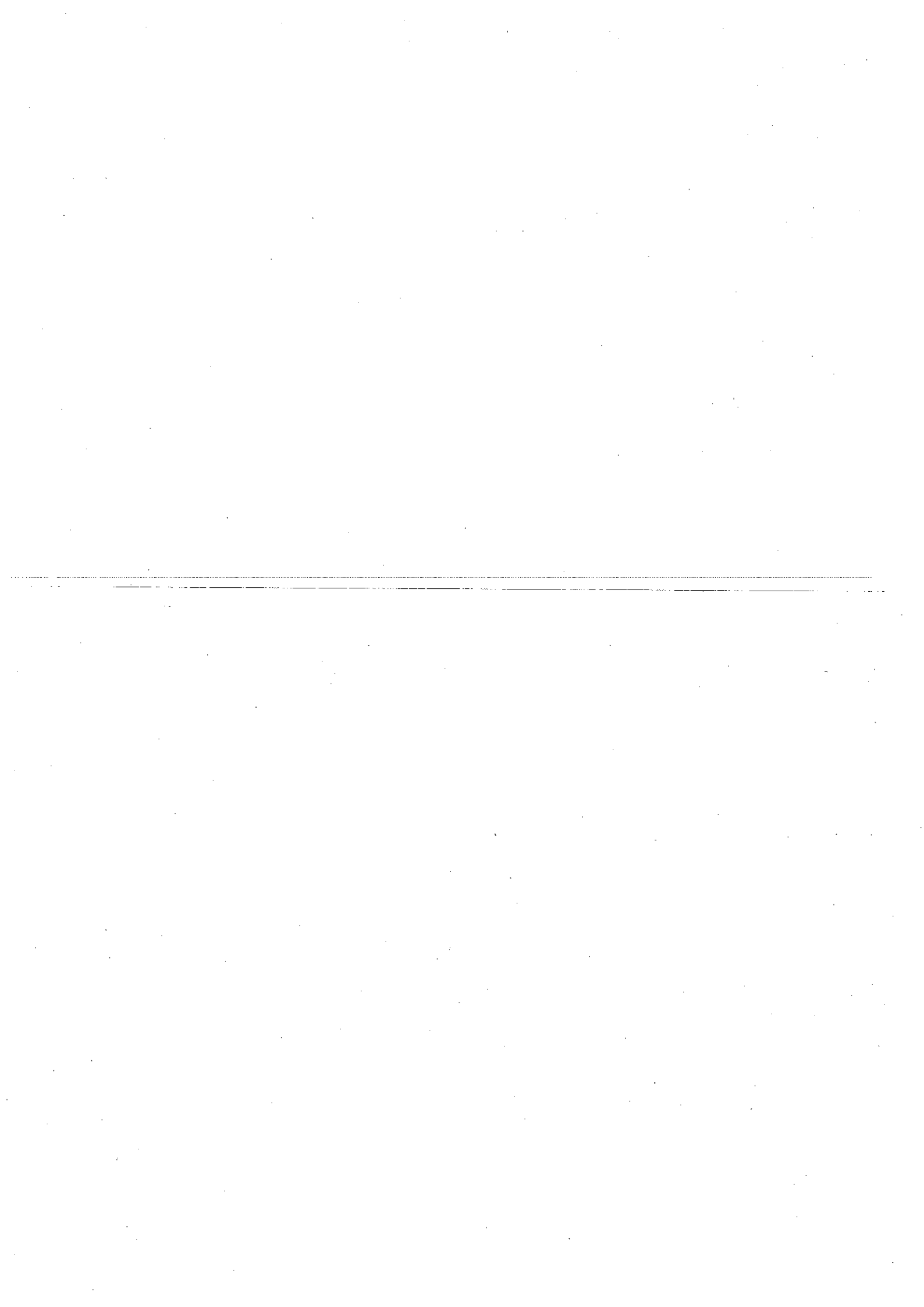




vorhandenen Kalt- und Frischluftschneise zerstören will und damit den jungen, den erwachsenen und den alten Bewohnerinnen und Bewohnern des Viertels weitere unzumutbare Gesundheitsbelastungen aufbürdet. Diese Vernichtung der eigenen natürlichen Lebensgrundlagen halte ich für unverantwortlich und lässt sich in keiner Weise mit der Notwendigkeit rechtfertigen, neue Wohnungen bauen zu müssen. Im Übrigen verkennen die Planer in diesem Kontext, dass unser Wohngebiet bereits mit den Abgasen des Autobahnverkehrs übermäßig belastet sind und zusätzlich mit den Immissionen, die jenseits der Autobahn von der Kompostierungsanlage herüberwehen und zukünftig im Rahmen des geplanten Großmengenwertstoffhofes durch den damit verbundenen Zuliefererschwerlastverkehr unweigerlich entstehen werden. Allein durch diese „nachbarschaftlichen Immissionen“ hat das Wohnviertel zwischen Balanstraße, Kronacher Straße und Fasangartenstraße den Charakter einer „Gartenstadt mit frischer Luft“ weitgehend schon verloren.

3. Das Bauvorhaben in der jetzigen Form ist bereits von seiner Grundanlage her nicht mehr zeitgemäß. Es widerspricht der in den nächsten Jahren unweigerlich anzustrebenden Transformation des motorisierten Individualverkehrs auf nachhaltige, klimaneutrale Mobilität. Im Hinblick auf die Gesundheit, die Sicherheit und die ökologische Lebensqualität ihrer Bewohnerinnen und Bewohner wird sich auch die Landeshauptstadt München der gesamtgesellschaftlich geforderten Klimaneutralität nicht verschließen können. Insofern ist die Planung von mehr als 300 PKW-Stellplätzen eine Maßnahme, die genau diesen Zielen zuwiderläuft und damit genau das falsche Signal zu der erhofften Änderung des Mobilitätsverhaltens der Bevölkerung setzt.

4. Sollte das Bebauungsvorhaben entgegen dem einhellig und vollumfänglich vorhandenen Widerstand der alteingesessenen Wohnbevölkerung umgesetzt werden, wäre dies ein fundamentaler Verstoß gegen die Grundsätze der demokratischen Mitbestimmung und Mitentscheidung der Bevölkerung vor Ort. Wir sind es leid, an vielen Stellen der schriftlichen und mündlichen Kommunikation mit den Planungsverantwortlichen immer wieder mit den Worten beschwichtigt zu werden, dass unsere Einwände berücksichtigt würden. Das trifft mitnichten zu, da lediglich Details und kleine Änderungen in einigen nicht wesentlichen Teilaspekten behandelt worden sind. Unsere Berücksichtigung hat sich bisher auf „kosmetische Korrekturen“ beschränkt. Es ist daher auch unredlich, wenn in einer pauschalen Aussage behauptet wird, dass hier die Belange der Betroffenen berücksichtigt werden. Um es hier noch einmal klar zu formulieren: es geht um die Ablehnung des Bauvorhabens als Ganzes. Ich habe bisher noch keine/n Mitbürger/in in unserem Wohngebiet getroffen, die/der dieses Bauprojekt als solches befürwortet. Meines Erachtens ist es offensichtlich, dass dieses Vorhaben lediglich den kurzfristigen Interessen einer schnellen Errichtung von Wohnungen dient und keineswegs ernsthaft nachhaltig gedacht ist. Es würde für die kommenden Jahre und Generationen massive ökologische und soziale Probleme nach sich ziehen.



Die hier knapp dargestellten klima- und verkehrspolitischen Defizite bei der Planung des Bauvorhabens tragen dazu bei, die gesamtgesellschaftlichen Zielsetzungen der Landeshauptstadt München auf dem Weg zur Klimaneutralität zu verfehlen. Ich beantrage daher den Stopp des Bebauungsvorhabens und stattdessen eine Besiedelung des Grünstreifens mit Kleingärten sowie mit frei zugänglichen Gemeinschaftsgärten. In diesem Kontext wünsche ich mir einen Bezirksausschuss, der den Mut hat, dem Stadtrat den Einhalt der immer weiter um sich greifenden Flächenversiegelung zu empfehlen. Die Versiegelung der letzten natürlichen Flächen Münchens verbunden mit einer weiteren Zunahme des motorisierten Individualverkehrs hat längst keine Zukunft mehr.

Des Weiteren möchte ich anregen, darüber nachzudenken, wie das bestehende Wohngebiet in eine bessere soziale, ökologische und wirtschaftliche Infrastruktur eingebunden werden kann. Dies könnte u.a. mit dem bewährten demokratischen Instrumentarium eines Bürgerrats erfolgen, der dem Bezirksausschuss in dieser Sache zuarbeitet.

